

## Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 28. August 2023

**Organisationen:** Amnesty International, Brot für die Welt, FIAN International, Misereor und peace brigades international (pbi) – Deutscher Zweig e.V.  
(in Zusammenarbeit mit dem Nepal-Dialogforum für Frieden und Menschenrechte (NDF))

### Länderthema:

Nepal: Menschenrechte von Frauen und feministische Außenpolitik Deutschlands

Trotz einiger positiver Entwicklungen im Land erfahren Frauen und Mädchen in Nepal weiter eine Verletzung ihrer Menschenrechte (MR), wie auch ihrer in der fortschrittlichen Verfassung Nepals garantierten weiteren Rechte. Dies betrifft Frauen aus allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere aber Frauen und Mädchen aus marginalisierten Gruppen wie Dalits, aus ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten, Frauen mit HIV/AIDS, Witwen und andere alleinstehende Frauen, Frauen mit Behinderungen sowie Frauen und Mädchen in abgelegenen Gebieten.

### Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Alltag

Frauen und Mädchen erfahren im Alltag eine Vielzahl unterschiedlicher Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, wie etwa Vergewaltigungen, häusliche Gewalt, Früh- und Zwangsheirat, Arbeitsausbeutung, Mitgiftmorde und die Praxis der erzwungenen Absonderung von der Familie während der Menstruation in oft unsicheren Hütten (*Chhaupadi*). Frauen leiden unter multiplen und intersektionalen Formen der Diskriminierung. Gewalt gegen und Diskriminierung von Frauen bleibt dabei weitgehend straflos, da die Polizei in vielen Fällen Anzeigen nicht annimmt oder diese nicht verfolgt werden.

### Mangelnde Aufarbeitung der sexualisierten Gewalt gegen Frauen und Mädchen im bewaffneten Konflikt (1996-2006) im Transitional Justice (TJ) Prozess

Den Überlebenden von Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Gewalt im bewaffneten Konflikt Nepals wird bisher die Anerkennung als Opfergruppe verweigert, was u.a. zur Folge hat, dass sie nicht an staatlichen Kompensationsprogrammen beteiligt werden. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission hat außerdem bisher keinen der ihr gemeldeten Fälle sexualisierter Gewalt im bewaffneten Konflikt aufgearbeitet.

### Diskriminierung von Frauen beim Recht auf Nahrung

Die allgegenwärtige Gewalt gegen Frauen und ein Kreislauf von Diskriminierungen hindern viele Frauen auch daran, ihr eigenes Recht und das ihrer Familien und Gemeinschaften auf angemessene Nahrung wahrzunehmen, so dass sie keine angemessene Teilhabe an entsprechenden Prozessen zur Ernährungssicherung haben. Insbesondere Frauen auf dem Land werden häufig diskriminiert und von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, z. B. beim Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen wie Fischgründen und Wäldern oder beim Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung und Arbeit. Obwohl Frauen einen wichtigen Beitrag zur landwirtschaftlichen Produktion leisten, besitzen nur knapp 20% der Frauen einen Landtitel. Verschärft wird die Situation durch ein mangelhaftes Sozialsystem und fehlende Arbeitsmöglichkeiten im formalen Sektor sowie die bereits dramatischen Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise.

### Situation weiblicher Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV:innen)

Weibliche MRV:innen sind sowohl im analogen wie auch im digitalen Raum erhöhten Bedrohungen, insbesondere auch sexualisierter Art, ausgesetzt.

## Empfehlungen

### Wir bitten die Bundesregierung:

- die Umsetzung der im März 2023 verabschiedeten **Leitlinien des Auswärtigen Amts „Feministische Außenpolitik gestalten“** und der neuen **Strategie „Feministische Entwicklungspolitik – Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit“** des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung voranzutreiben; den Stand der Umsetzung insbesondere der regierungskritischen und transformativen Ansätze durch gezieltes Monitoring transparent nachzuhalten sowie sicherzustellen, dass diese Leitlinien auch auf der Ebene der nationalen Gesetzgebung umgesetzt werden;
- bei den anstehenden **Regierungskonsultationen und -verhandlungen zwischen Deutschland und Nepal 2023/24** mit der Regierung Nepals zu thematisieren, inwieweit die relevanten Empfehlungen der UN (und ein entsprechendes Monitoring) umgesetzt wurden; der Regierung Nepals hierzu Unterstützung anzubieten, insbesondere in Bezug auf die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (**CEDAW**), den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (**ICESCR**), die UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker (**UNDRIP**), das Allgemeine Länderprüfverfahren des Menschenrechtsrates (**UPR**) sowie die Berichte der UN-Sonderberichterstatter:innen zu Gewalt gegen Frauen (2019) und zu extremer Armut (2022) sowie das Problem der Korruption zu thematisieren.
- die nepalesische Regierung aufzufordern, die derzeit im nepalesischen Parlament diskutierten **Änderungen zum Gesetz zur Wahrheits- und Versöhnungskommission von 2014** sowohl mit der Entscheidung des Obersten Gerichts Nepals von 2015 als auch mit internationalen MR-Standards und den von Nepal unterzeichneten MR-Abkommen in Einklang zu bringen; weibliche Narrative und Erfahrungen sollten im Transitional Justice Prozess angemessen berücksichtigt werden und Überlebende sexualisierter Gewalt als Opfergruppe anerkannt werden;
- sich für die Umsetzung der für das **Recht auf Nahrung** wesentlichen internationalen MR-Bestimmungen einzusetzen, wie z.B. die UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen (**UNDROP**), die FAO-Leitlinien über das Recht auf Nahrung, die FAO Leitlinien über die verantwortungsvolle Bewirtschaftung von Land, Fischerei und Wäldern sowie die kürzlich angenommenen IAO-Leitlinien zur Förderung menschenwürdiger Arbeit im Agrar- und Ernährungssektor;
- weiterhin durch die **Deutsche Botschaft in Nepal**, in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteur:innen vor Ort, die EU-Leitlinien zu MRV:innen umzusetzen und dabei besonders die Situation von weiblichen MRV:innen zu berücksichtigen;
- bei **Reisen von deutschen Entscheidungsträger:innen** mit Betroffenen von MR-Verletzungen, MRV:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Thema Menschenrechte von Frauen Kontakt aufzunehmen und sich direkt zu informieren.